

**BENEŠ-MEMORANDEN ZUR PARISER FRIEDENSKONFERENZ
1919/1920.
MEMORANDUM NR. 7: DIE LAUSITZER WENDEN**

An die Mitglieder der Friedenskonferenz in Paris

Im Namen der Wenden der Ober- und Niederlausitz hat der wendische Nationalausschuß die Ehre, folgende Bitte zu unterbreiten:

Die Nation der Lausitzer Wenden, befreit durch den glorreichen Sieg der Entente in ihrem Kampfe für das Recht aller Nationen, ledig der deutschen Unterdrückung und einer ungerechten Vorherrschaft, verlangt:

1. Daß die Lausitzer Wenden das Recht erhalten, einen Vertreter zu entsenden, um ihre Ansprüche vor die Friedenskonferenz zu bringen.
2. Daß die Entente die Lausitzer Wenden als unabhängige Nation anerkenne und ihrem Gebiet die Unabhängigkeit gewähre.
3. Daß die Entente das Protektorat über die durch ihren Sieg befreite wendische Nation der Lausitz annehme und sie gegen die Rache der Deutschen durch Besetzung sowohl der sächsischen als auch der preußischen Ober- und Niederlausitz beschütze.
4. Daß sie alle wendischen Soldaten sofort befreie, gleichgültig wo sie als Gefangene festgehalten werden.
5. Daß sie allen Lausitzer Wenden keine Entschädigung auferlege und ihnen ihre Unterstützung und Hilfe bei ihrer nationalen Autonomie angedeihen lasse.

Der wendische Nationalausschuß wagt zu hoffen, daß die gerechten Ansprüche der wendischen Nation der Lausitz in Erwägung gezogen werden und dankt aufrichtigst den Mitgliedern der Friedenskonferenz.

Budyšin (Bautzen), den 21. Dezember 1918.

Der Präsident: Bart.

Der Vizepräsident: Dučman.

Der Schatzmeister: Dobrucký.

Der Sekretär: Jan Bryl.

DIE LAUSITZER WENDEN

1. Ihre Geschichte und ihr Kampf gegen die Germanen

Es gibt in Deutschland eine im vollständigsten Sinne des Wortes unterdrückte slawische Nation. Es sind die Lausitzer Sorben, die die Deutschen Wenden nennen und die vom

Gesichtspunkt der Sprache aus den Tschechen so nahe stehen, daß sie mit ihnen die sprachliche Gruppe der Westslawen bilden. Es ist ein Rest des einstmals so großen Volkes der Elb-Serben und der Elb-Slawen im allgemeinen.

Die Elb- oder Ostsee-Slawen hatten bis zum 8. Jahrhundert einen großen Teil des heutigen Norddeutschland inne; sie erreichten im Norden die Ostsee von der Mündung der Oder an bis zur Stadt Kiel, im Westen bis zum Zusammenfluß der Elbe mit der Saale und fast bis zur Elbemündung. Im gegenwärtigen Hannover, in der Gegend von Lüneburg, überschritten sie die Elbe. Mehr oder weniger große Siedlungen befanden sich auch westlich der Saale und der Elbe. Im Süden waren die Elb-Slawen Nachbarn tschechischer Stämme, im Osten entlang den Flüssen Queis, Bober und Oder Nachbarn polnischer Stämme.

Die deutschen Fürsten verbreiteten mit dem Schwerte nicht nur das Christentum, sondern auch ihre Herrschaft. In unaufhörlichen Kriegen rotteten sie mehr und mehr die Slawen aus. Diese wurden auch durch eine starke friedliche Kolonisation germanisiert, vor allem durch die Gründung deutscher Städte, durch die Demoralisierung des slawischen Adels, durch die Tätigkeit des Klerus und durch andere Mittel, so daß ungefähr im 15. Jahrhundert die slawischen Nordstämme entnationalisiert waren.

Die Elb-Slawen bildeten den südlichen Teil der Ostsee-Slawen. Ihre Grenze begann im Norden von der Mündung der Saale in die Elbe, berührte Dahme, Baruth, Zossen, Köpenick bei Berlin und fiel in der Richtung der Stadt Aurith (Huresse im Wendischen) südlich des heutigen Frankfurt a. d. O. ab. Sie teilten sich in mehrere Stämme, die man später mit den Kollektivnamen der drei Hauptzweige bezeichnete:

1. die Elb-Serben (im engsten Sinne) zwischen der Saale und der Elbe und von hier aus nach Osten bis zu den Flüssen Schwarze Elster und Pulsnitz;
2. die Milčanen im Osten der Pulsnitz;
3. die Lausitzer im Norden der letzteren.

Die letzten Reste dieser großen Rasse, die noch der Germanisierung Widerstand leisten, sind die Lausitzer Wenden; sie bewohnen die Gebiete, die Ober- und Niederlausitz heißen und einst ein in geographischer und ethnographischer Beziehung mit Böhmen zusammenhängendes nationales Gebiet bildeten.

Infolge der Germanisierung ihres Gebietes und der deutschen Kolonisation im Norden Böhmens wurden die Lausitzer Wenden seit dem Ende des 13. Jahrhunderts durch einen germanisierten Landstreifen von den Tschechen mit denen sie vorher zusammenhingen, getrennt.

Die beiden Lausitzen waren politisch mit Böhmen im 14. Jahrhundert vereinigt (die Oberlausitz 1319, die Niederlausitz 1373) d. h. zu einer Zeit, wo die Deutschen schon Herren des Landes waren. Bald nach der Vereinigung der beiden Lausitzen mit Böhmen wurde der tschechische Staat Gegenstand antihussitischer Angriffe, die er während des ganzen 15. Jahrhunderts ertragen mußte. In diesem Kampf verlor Böhmen einen Teil der Niederlausitz (Kottbus und Peitz mit 120 Dörfern). Zu Beginn des 16. Jahrhunderts bestiegen die Habsburger den böhmischen Thron. Unter der Herrschaft dieser den Slawen feindlichen Dynastie wurde die Freiheit Böhmens vernichtet und die tschechische Nation

war dem Untergang nahe. Daher konnte die Vereinigung der Lausitzen mit Böhmen die wendische Nationalität nicht retten. Durch den Frieden von Prag (1635) haben die Habsburger die beiden Lausitzen an den Kurfürsten von Sachsen als erbliches Lehen der Krone Böhmen abgetreten. So fiel das Land unter eine dauernde deutsche Herrschaft.

Die Germanisierung der wendischen Lausitz machte schnelle Fortschritte seit der Reformation, die dort vor der Mitte des 16. Jahrhunderts zum Teil dank der Tätigkeit einiger wendischer Prediger, teils unter dem Druck des deutschen Adels eingeführt wurde; nur ein kleiner Teil der Oberlausitz blieb dem Katholizismus treu. Die Deutschen bedienten sich selbst der Reformationsbewegung als eines Mittels zur Germanisierung gegenüber den Wenden. Angesichts der tiefen Religiosität des wendischen Volkes gelang es den Deutschen leicht, das Volk zu germanisieren, dessen Gottesdienst deutsch gefeiert wurde.

Im Zeitalter der Reformation, in der Mitte des 16. Jahrhunderts, waren die Wenden schon fast völlig von Deutschen umgeben und standen nur im Nordosten mit den Polen durch einen schmalen Streifen zwischen der Oder und ihrem Nebenfluß, der Neiße, in Verbindung. Trotzdem war ihr Gebiet noch beträchtlich, es ging im Norden von Fürstenberg a. d. Oder über Müllrose nach Königswusterhausen, näherte sich also auf 40 km Berlin.

Aber die Germanisierungsbemühungen der Kirche haben dem wendischen Element vor allem in der Niederlausitz schreckliche Verluste verursacht. Vor 1700 waren die Wenden des weitaus größten Teils der ehemaligen Niederlausitz der Germanisierung erlegen.

In der Oberlausitz waren die Veränderungen erheblich geringer.

In der Mitte des 18. Jahrhunderts werden die Wenden im Nordosten der Oder gegen Guben zurückgedrängt, so daß sie die Verbindung mit den Polen verlieren und eine Sprachinsel darstellen.

Im Laufe dieses Jahrhunderts trat zu den schon vorhandenen Germanisierungsmitteln die Volksschule. Friedrich Wilhelm I., König von Preußen, setzt der Volksschule durch ein Dekret von 1714 offen das Ziel zu germanisieren, indem er den Gebrauch der wendischen Sprache ausschließt. Mittels desselben Dekrets befiehlt er überall neben wendischen Predigten deutsche Predigten einzuführen. So arbeiten Schule und Kirche gemeinsam an der Beseitigung des Wendischen, was ihnen durch neue antislawische Dekrete des Königs von Preußen erleichtert wird: 1731, Verbot, Wenden, die nicht deutsch können, zu heiraten; 1735, neue Ordre an die Priester und Lehrer, nachdrücklich an der Einführung des Deutschen zu arbeiten.

Die armen wendischen Bauern protestierten vergebens gegen die Einführung des Deutschen in den Kirchen, sie revoltierten vergebens gegen die Einstellung deutscher Pastoren, ihre Proteste und ihre Aufstände wurden stets mit Waffengewalt unterdrückt.

So machte auch die Germanisierung derartige Fortschritte, daß gegen 1800 die Wenden kaum noch eine Insel inmitten eines weiten germanischen Gebietes darstellten. Allein die Ortsnamen in germanisierter Form bezeugen noch sehr weit ab vom gegenwärtigen wendischen Gebiet die einstige Ausdehnung der wendischen Bevölkerung. Und im wendischen Land legen die Entstellung und Übersetzung der Orts- und Familiennamen Zeugnis ab von der Unterdrückung der eingeborenen Rasse. Die wendische Bevölkerung kann sich der alten Orts- und Familiennamen nur im Privatleben und in der Literatur

bedienen. Den Behörden gegenüber haben nicht nur die Dörfer und die Städte, sondern auch die Bürger wendischen Ursprungs germanische oder germanisierte Namen.

2. Die Lausitzer Wenden im 19. und 20. Jahrhundert

Die Germanisierungsversuche haben im 19. Jahrhundert nicht aufgehört. Aber die Lausitzer Wenden versuchten Widerstand zu leisten. Ebenso wie die Tschechen haben sie sich eine Literatur geschaffen, mit der sie den unseligen Einfluß der Germanisierung auszugleichen versuchten; sie bemühten sich, am politischen Leben teilzunehmen, dies alles aber diente nur dazu, neue Verfolgungen von Seiten der Deutschen hervorzurufen.

1848, im Jahre der Revolutionen, verlangten auch die Wenden ihre Rechte. Ihre politische Wochenzeitschrift (Tydžeńska Nowina) verkündete bereits damals für die Völker das Prinzip der freien Bestimmung über ihr Schicksal. Wir zitieren diese Stelle: „Die moderne Zeit hat die Überzeugung erlangt, daß die Völker sich gegenseitig nur lieben können, wenn das eine aufhört, das andere zu unterdrücken; wenn es ihm erlaubt, mit allen Mitteln seine Nation, das heißt die Rechte seines Volkes und seiner Sprache zu verteidigen, und es vom fremden Joch zu befreien.“ Die wendischen politischen Führer unterbreiteten dem Sächsischen Parlament eine Petition, worin vor allem die Errichtung wendischer Volksschulen und in den Gymnasien und Kollegien der wendische Unterricht verlangt wurde. Neben einigen die Kirche betreffenden Wünschen verlangte die Petition das Recht auf die wendische Sprache vor den Gerichten. Alle – oder fast alle – Punkte der Petition wurden abgewiesen. Der einzige Vorteil dieses Schrittes war eine sehr bescheidene Verbesserung im Schulgesetz von 1855. Dieses Gesetz ordnete an, daß in den deutschen Volksschulen des wendischen Gebiets es „gestattet“ sei, sich für den Religionsunterricht des Wendischen als Hilfssprache zu bedienen, ebenso wurde gestattet, wendischen Leseunterricht neben dem deutschen zu geben. Aber die Volksschule blieb im Grunde deutsch.

In Preußen gelang es den Wenden nicht einmal, diese kleinen Zugeständnisse zu erlangen. Hier ist alles der Willkür der Lehrer und Inspektoren ausgeliefert, die übrigens selbst in Sachsen gegen die wendische Sprache wüten. Es gab in der preußischen Niederlausitz 1884 auf dem wendischen Gebiet 54 Pfarreien mit völlig deutschen Schulen; nur in 14 Schulen bediente man sich auch des Wendischen beim Religionsunterricht als Hilfssprache. Man gab in 7 Pfarreien wendischen Leseunterricht, aber nirgendwo wurde wendischer Schreibunterricht gegeben. Dieser Zustand hat sich seither noch verschlechtert.

In derselben Weise verschlechterten sich die Dinge in der preußischen Oberlausitz mehr und mehr. „Eure Pflicht ist es, uns zu helfen, das Wendische zu begraben“ befahl man streng den Lehrern. Die Lehrer unterrichteten also nur deutsch, verboten den Kindern, während der Pausen und außerhalb der Schule wendisch zu sprechen; sie bestrafte mit Geldbußen und Schlägen diejenigen, die nicht gehorchten.

Das durch diese Vorgänge aufgebrachte Volk richtete 1880 an den preußischen Unterrichtsminister ein Gesuch, worin bescheiden verlangt wurde, für die Schulen der wendischen Gebiete Lehrer mit wendischer Schulbildung zu ernennen und wenigstens den Katechismus, die Bibelverse, Kirchengesänge und den Leseunterricht in der Muttersprache zu lehren. Dieser Schritt wurde als eine Auflehnung betrachtet. Der Pastor, der die Petition eingereicht hatte, bekam einen Verweis und die Gesuche wurden

verworfen. Dagegen unternahmen die deutschen Zeitungen einen Feldzug gegen die Wenden und klagten sie panslawistischer staatsfeindlicher, von russischem Gelde – wie sie sagten – unterstützter Umtriebe an. Das alles erbitterte die wendische Bevölkerung in so starkem Maße, daß sie sich zur Auswanderung veranlaßt sah. Im Jahre 1883 wanderten 25 Wenden aus der Pfarrei Schleige nach Texas aus, wo wendische Auswanderer, alte Lutheraner, schon gegen Mitte des letzten Jahrhunderts fünf wendische Gemeinden gegründet hatten (Serbin, Country Bastorp; Giddingswenden, Country Lee; West Yewa, Country Austin; Warda, Country Fayette und Burlesson in demselben Distrikt).

Diese Unterdrückung war in der sächsischen Lausitz die gleiche wie in der preußischen und sie setzte sich bis zum Kriege fort. Die bewilligten Zugeständnisse wurden durch das Schulgesetz von 1873 eingeschränkt, wonach der Gebrauch des Wendischen im Religionsunterricht an die Bedingung geknüpft war, daß der Gottesdienst in der Gemeinde wendisch gefeiert würde, was aber vom guten Willen der selbst wiederum deutschen Kirche abhing. Es blieb immer noch der auf den wendischen Leseunterricht neben der deutschen Lektüre bezügliche Artikel. Aber zahlreiche Lehrer und Pastoren begannen Schwierigkeiten zu machen: sie setzten die wendischen Lesestunden außerhalb der regelmäßigen Unterrichtsstunden fest; bei der Anmeldung forderten sie von den Eltern die Erklärung, daß sie wünschten, ihre Kinder möchten auch das Wendische erlernen. Sie bemühten sich, diese Erklärung obligatorisch zu machen. 1912 unterbreiteten die Wenden der deutschen Regierung ein Gesuch, in welchem sie den wendischen Grammatik- und Stilunterricht verlangten. Das Verlangen blieb ohne Erfolg. Lehrer schlugen während der Katechismusstunden die Kinder bis zum Nasenbluten, zogen sie an den Ohren, so daß sie ihnen Verletzungen beibrachten usw. Als die Serbske Nowiny (politische Wochenzeitung) sich über einen dieser Lehrer (Schneider in Commerau) beklagte und ihm vorwarf, das Wendische an der Schule zu unterdrücken, wurde der Redakteur Smoler eingesperrt.

Bei der Ankündigung seiner Verurteilung an seine Leser beendigte Smoler seinen Artikel mit folgenden Worten, die den Glauben der Führer der wendischen Bewegung an die nahe Befreiung des wendischen Volkes ausdrückten: „Mögen die Wenden nicht die Hoffnung auf eine bessere Zukunft verlieren. Man will zwar die wendische Nation begraben, aber ich habe die Gewißheit, daß auch die Wenden bald die Morgenröte der Auferstehung sehen werden. Der Grabstein, der jetzt auf ihnen lastet, wird durch einen Blitzstrahl weggeschleudert werden und die Eisenketten, die die wendische Sprache fesseln, werden gebrochen werden.“

Dank dem Unterdrückungssystem und trotz ihrer Verteidigung durch wendische Bücher und (periodische) Zeitschriften sowie durch die Gründung wendischer Gesellschaften machte die Germanisierung der Wenden seit dem 19. Jahrhundert bis auf unsere Tage große Fortschritte. Das war die einzige Freiheit, welche die Deutschen ihnen gelassen hatten, da sie wohl wußten, daß die Literatur und das Leben in den Gesellschaften nicht genügen, um die durch die Germanisierung seitens der Kirche und der Schule verursachten schrecklichen Verluste wettzumachen. Die Schulpflicht, die überall anderswo eine Wohltat ist, wurde für sie ein Mittel der Zerstörung. Schulentlassen sind die jungen Leute von preußisch-deutschem Geist, vom Militarismus durchdrungen. Und außerdem berauben das deutsche Kapital, der Handel und die Industrie, deren Unternehmungen, die Eisenbahnen und die Fabriken, deutsche Siedler herbeiführen, das wendische Volk des Bodens, machen es zu Proletariern und zwingen diese, sich zu germanisieren. Eine kleine Nation, die sich nahezu keines Rechtes erfreut, konnte nirgends allen diesen unseligen Einflüssen, diesem ganzen vielfältigen Druck widerstehen, und sie hat noch in den letzten

Jahren ungeheure Verluste erlitten. Wenn die Friedenskonferenz sie nicht unter ihren Schutz nimmt, so wissen sie, daß sie unweigerlich verloren sind.

3. Statistiken

Auf dem so umgrenzten Gebiete erreichte die Zahl der Wenden nach der wendischen Statistik von 1880 bis 1884, 161.739, die der Deutschen 119.133. Die Gesamteinwohnerziffer war 280.872, davon 57,6% Wenden. Die Stadtbevölkerung betrug 95.364 Einwohner, davon 15.324 Wenden und 80.040 Deutsche, d. h. 16,1% Wenden.

Auf dem Lande betrug die Gesamtziffer der Bevölkerung 185.508, davon 146.415 Wenden und 39.093 Deutsche, das sind 78,9% Wenden. In politischer Beziehung war dieses Gebiet in drei Teile geteilt, die in der zukünftigen Lausitz drei Bezirke bilden würden:

a) Die Niederlausitz: Insgesamt 123.682 Einwohner, davon 69.031 Wenden und 54.651 Deutsche.

b) Die Oberlausitz (jetzt zu Preußen gehörender Teil): Insgesamt 50.072 Einwohner, davon 37.006 Wenden, 13.066 Deutsche.

c) Die Oberlausitz (sächsischer Teil): Insgesamt 107.118, davon 55.702 Wenden, 51.416 Deutsche.

Es ist nicht möglich, eine genaue Statistik von heute zu geben. Die offizielle deutsche Statistik ist in bezug auf das wendische Element vollkommen falsch.

Die Verbindung der Lausitz mit Böhmen würde vermittels eines kleinen deutschen Gebietes geschehen, das im Westen sehr eng wäre (6km).

([Anmerkung:] Die Grenze ginge im Westen von der böhmischen Grenze bei Hilgersdorf (in Böhmen) gegen den Valtenberg, sodann über Oberpotzkau nach Schmölln. Im Osten würde sie von Ebersbach an der böhmischen Grenze gegen den Kottmar-Berg gehen, dann über Cunnersdorf, Ottenhain, Ebersdorf zum Löbauer Berg.)

Auf diese Weise würde das wendische ethnographische Gebiet um 40 germanisierte Gemeinden vergrößert werden (einschließlich der Stadt Löbau), von denen die Hälfte wendische Minderheiten besitzt. Da die Bevölkerung dieser Gemeinden nach der Volkszählung von 1910 62.888 beträgt, würde die ganze Lausitz ungefähr 450.000 Einwohner auf eine Fläche von etwa 5000 km² besitzen.

Auf diese Lösung richten die Wenden alle ihre Zukunftshoffnung. Die Einführung des Wendischen im Volksschul-, Mittelschul- und Fachschulunterricht sowie in den Kirchen auf dem ethnographisch wendischen Gebiet wird die Germanisierung anhalten und bald werden die Wenden wieder in den Besitz der Gebiete gelangen, wo ihre letzte Generation im Lauf der letzten Jahre germanisiert worden ist.

So würde die Errichtung einer unabhängigen Lausitz den letzten Rest der von den Deutschen ausgerotteten Elb-Slawen retten.

4. Die politischen Forderungen der Lausitzer Wenden

Die Wenden betrachteten Unabhängigkeit und Autonomie ihres Gebietes als einzig mögliche Befreiung. Während des Krieges konnten sie dieses Programm nicht verkünden, denn der deutsche Militarismus hätte sie vernichtet. Sie trugen schwer daran, daß sie genötigt waren, in den deutschen Reihen für den preußischen Militarismus zu kämpfen. Sie stützten ihre politischen Forderungen auf folgende Gründe:

a) Politische Gründe:

Als Deutschland den Waffenstillstand verlangte, und damit bekundete, daß es nicht mehr in der Lage sei, den Krieg fortzuführen, entfachten die Lausitzer Wenden unverzüglich eine große nationale Bewegung. Sie erklärten am 6. November 1918 im sächsischen Parlament, wo sie zwei Abgeordnete hatten (im preußischen Landtag und im Reichstag besaßen sie niemals Vertreter), daß sie nicht abzudanken gedächten und daß sie ihre nationalen Rechte verlangten. Nach dem revolutionären Staatsstreich wählten sie am 13. November 1918 in Bautzen einen Nationalausschuß (Narodny Wubjerk). Am 20. November hat in Krostwitz die Versammlung, auf der die wendische nationale Vereinigung gegründet wurde, eine Resolution angenommen, die auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker die Vereinigung der beiden Lausitzen zu einem unabhängigen Staat verlangte. Zu diesem Zweck wurde eine nationale Gesellschaft gegründet, die Vereinigung aller, die beiden Lausitzen bewohnenden Wenden. Diese Vereinigung wird dem Nationalausschuß helfen, den vereinigten Lausitzen, und der geeinigten wendischen Nation eine freie Entwicklung in der Zukunft sicherzustellen. Angesichts dieser Lage hat die Nation die Stimme erhoben und begehrt zur Friedenskonferenz zugelassen zu werden.

Das offizielle Programm des Nationalausschusses und der Vereinigung aller Wenden der Lausitz ist: Errichtung eines unabhängigen Staates der Lausitzer Wenden, der eng mit dem tschechoslowakischen Staat, mit dem die Lausitzer noch in verfassungsmäßigen und rechtlichen Beziehungen stehen, verbunden sein würde.

b) Geschichtliche Gründe.

Andere wichtige Gründe sind geschichtliche Gründe:

In der Tat liegen die rechtlichen und verfassungsmäßigen Beziehungen zwischen der Lausitz und der Krone Böhmen, mit der die beiden Lausitzen von 1373 (die Oberlausitz schon seit 1319) bis 1635 vereint waren, sehr zurück. Durch den Prager Frieden und durch den Rezeß vom 30. Mai 1635 hat Ferdinand II. die beiden Lausitzen dem sächsischen Kurfürsten Johann Georg als männliches Erblehen der Krone Böhmen mit den Regierungsrechten abgetreten. Dem König von Böhmen blieb vorbehalten: der Markgrafentitel, das Wappen der Lausitz und der Heimfall, der eintreten sollte beim Aussterben der männlichen Nachkommen des Kurfürsten Johann Georg, ferner der Herzöge von Sachsen-Altenburg und drittens beim Fehlen legitimer Nachkommenschaft der Töchter Johann Georgs. Ausdrücklich wurde bestimmt, daß durch diese Abtretung die Lausitzen von der Krone Böhmen nicht getrennt werden, sondern auch weiterhin einen Teil derselben bilden.

Diese rechtlichen Beziehungen wurden erst auf dem Wiener Kongreß geändert. Am 18. Mai 1815 hat Sachsen die ganze Niederlausitz und einen Teil der Oberlausitz an Preußen

abgetreten. In Artikel 18 der Akte vom 9. Juni 1815 verzichtet Franz I. in seiner Eigenschaft als König von Böhmen auf die Suzeränität in der preußischen Lausitz und behält sich das Nachfolgerecht im Fall des Aussterbens der Dynastie Hohenzollern vor.

([Anmerkung:] Die Suzeränität des Königs von Böhmen in dem Bezirk Kottbus wurde schon 1742 abgeschafft.)

Der Artikel 18 drückt sich folgendermaßen aus: „Was das Heimfallsrecht Seiner Kaiserlichen und Königlichen Apostolischen Majestät auf den besagten, mit Preußen vereinigten Teil der Lausitz betrifft, so wird es auf das gegenwärtig in Preußen regierende Haus Brandenburg übertragen; Seine Kaiserliche und Königliche Apostolische Majestät behält für sich und seine Nachfolger die Befugnis, in dieses Recht im Falle des Erlöschens des besagten regierenden Hauses wieder einzutreten.“

Die Suzeränität des Königs von Böhmen wurde durch die sächsische Verfassung von 1831 abgeschafft, durch die sich der König von Sachsen gleichermaßen als Souverän der Lausitz erklärt hat. Aber das Rückfallsrecht ist unberührt geblieben, was übrigens ausdrücklich durch die Deklaration vom 9. und 21. Mai 1845 anerkannt worden ist, die dieses Recht der Krone Böhmen übereinstimmend mit dem Rezeß von 1635 bestätigte.

Da die regierenden Familien von Sachsen und Preußen nicht mehr regieren, sind die Lausitzer Wenden der Ansicht, daß die Lausitz sich in der von den Verträgen für den Fall des Erlöschens der beiden Familien vorgesehenen Lage befinden und daß infolgedessen die Lausitzen an die Krone Böhmen zurückfallen müssen.

c) Der Grundsatz des Rechts der Nationalitäten.

Sie berufen sich auch auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson. Sie stützen also ihre Ansprüche nicht allein auf die geschichtliche Grundlage. Sie nehmen auch das natürliche Recht in Anspruch, über sich selbst auf Grund des Artikels 4 der Grundsätze des Präsidenten Wilson vom 12. Februar 1918 zu bestimmen.

Die Lausitzer Wenden sind keine einfache nationale Minderheit, sie stellen eine besondere slawische Nation dar. Abgetrennt würde ihr gegenwärtiges Gebiet einen zu schwachen Staat bilden. Mit Deutschland vereinigt, wäre ihre Nation unwiderruflich verurteilt. Es gibt für sie keinen anderen Ausweg, als die Unterstützung der Tschechoslowaken zu suchen, mit denen sie eine einzige Sprachgruppe bilden, die Gruppe der Westslawen. Auch verdanken sie den Tschechoslowaken ihre nationale Wiedergeburt.

Sie verlangen nicht das gesamte Gebiet der alten Lausitz, sie verlangen lediglich, daß das gesamte ethnographische wendische Gebiet, wie es um 1880 bestand und wie es heute besteht, zu einer autonomen Provinz gemacht und mit der tschechoslowakischen Republik vereinigt werde (mit einigen kleinen Berichtigungen, die ihnen gestatten würden, wenigstens den Teil ihres Volkes wiederzugewinnen, der ihnen mit Gewalt von den Deutschen während der letzten 30 oder 40 Jahre entrissen worden ist). Es ist unerläßlich, daß sie auch den Teil der Niederlausitz beanspruchen, der zwischen Senftenberg, Spremberg, Kottbus und Vetschau liegt, wo die Zahl der wendischen Bevölkerung infolge der germanischen Unterdrückung unter 50% gesunken ist, denn sonst würde ihnen drohen, in zwei nationale Inseln geteilt zu sein, wie es um 1700 den Slawen von Lüneburg gegangen ist.

([Anmerkung:] Die für einen Lausitzer Staat beanspruchte Grenze des wendischen Gebietes würde durch folgende Orte bestimmt sein, wobei bei Senftenberg begonnen wird: Brieske, Hörlitz, Reppist, Bückgen, Kl. Räschen, Gr. Räschen, Dörrwalde, Almosen, Lindchen, Petershain, Domsdorf, Radensdorf, Golschow, Siewisch, Illmersdorf, Brodtkowitz, Wüstenhain, Briesen, Tornitz, Lobendorf, Vetschau, Göritz, Kahnsdorf, Raddusch, Leipe, Mühlendorf, Byhleguhre, Drachhausen, Preilack, Tauer, Schönhöhe, Wüst, Drewitz, Jänschwalde, Horno, Heinersbrück, Grötsch, Weissagk, Gosda, Dubrau, Jethe, Schmarso, Gahry, Mattendorf, Kl. Kölzig, Hornow, Bohsdorf, Kl. Loitz, Reuthen, Horlitz, Kl. Düben, Gr. Düben, Jämlitz, Braunsdorf, Lugnitz, Sagar, Skerbersdorf, Brand, Heide, Zweibrücken, Mochholz, Viereichen, Alt-Liebel, Nappatsch, Zschernske, Kreba, Neudorf, Petershain, Horsch, Kollm, Stein-Ölsa, Gr. Radisch, Thräna, Jerchwitz, Krischa, Tetta, Cunnewitz, Mauschwitz, Klein Radmeritz, Öhlich, Zoblitz, Dolgowitz, Wendisch-Cunnersdorf, Wendisch-Paulsdorf, Löbauer Berg, die Stadt Löbau, Alt-Löbau, Oelsa, Groß- u. Klein-Dehsa, den südlichen Teil der Berge Czornehoh, Hromadnik, Prasica, dann die Gemeinden Suppo, Halbendorf, Bederwitz, Kleinpostwitz, Wilthen, Irgersdorf, Arnsdorf, Dretsch, Diehmen, Naundorf, Gaussig, Cossern Thumitz, Demitz, Schönbrunn, Burkau, Rammenau, Rauschwitz, Gödlau, Elstra, Wohla, Gelenau, Lückersdorf bei Kamenz (welche Stadt auf wendischem Gebiet liegen wird), Liebenau, Cunnersdorf, Hausdorf, Wiednitz, Hohenbocka, Peikwitz, Brieske. Alle obengenannten Gemeinden würden auf wendischem Gebiet liegen.) [Karte nicht abgedruckt]

Schlußergebnis

1. Die Lausitzer Wenden, die letzten Reste einer großen Rasse, haben sich heute erhoben, um ihre nationalen und politischen Ansprüche vor der Friedenskonferenz vorzubringen.
2. Sie betrachten ihr Problem als eines derjenigen, die die Konferenz zu regeln hat, um die hohe moralische Aufgabe zu erfüllen, die die ganze Welt ihr zuerkennt und die sie sich selbst gestellt hat; das Problem der Lausitzer Wenden [ist eines derjenigen], die zeigen werden, bis zu welchem Grad Deutschland gezwungen sein wird, den Plan eines neuen Europa und einer neuen Humanität durchzuführen.
3. Sie berufen sich zu ihren Gunsten auf das große Martyrium, das sie durch die Jahrhunderte hindurch erlitten haben, auf geschichtliche, ethnographische Gründe und auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker.
4. Die Tschechoslowaken als ihre nächsten Brüder sind moralisch verpflichtet, ihren Fall vor die Konferenz zu bringen, ihn zu unterstützen und zu verteidigen. Das ist ihre moralische und zugleich politische Pflicht, und sie bitten die Konferenz, mit ihnen das Problem zu prüfen und ihm eine gerechte, billige und genaue Lösung zu geben.

Memorandum über die Frage der Lausitzer Wenden

An die Friedenskonferenz in Paris

I. Der unterzeichnete Nationalausschuß der Lausitzer Wenden, der die Kriegsvorbereitungen der deutschen Regierung, die in den ländlichen Gebieten der Lausitz (ebenso wie in Schlesien und in anderen Teilen Ost-Deutschlands) eine

beträchtliche Freiwilligenarmee sammelt, als eine Drohung ansieht, hat im Hinblick andererseits auf die, von der deutschen Regierung der nationalen Bewegung der Lausitzer Wenden mit Hilfe der deutschen Bureaucratie, deren Geist völlig germanisch ist und die in den Diensten Deutschlands steht, sowie mit der weiteren Hilfe von Lehrern und deutschen Truppen, die trotz energischen Protestes in die lausitzischen Dörfer gelegt worden sind, auferlegte Verfolgung sich entschlossen, von neuem und im vollen Vertrauen, vor der Friedenskonferenz seine Befreiung vom deutschen Joch und die Schaffung des unabhängigen Staates der Lausitzer Wenden zu fordern.

Die wendisch-lausitzer Frage ist bereits der Friedenskonferenz am 5. Februar in einem eingehenden Memorandum von den Delegierten der tschechoslowakischen Republik vorgelegt worden, die uns geographisch und ethnographisch am nächsten steht. Wir fügen hier dieses Memorandum bei.

II. Da einerseits die Lausitz der tschechoslowakischen Republik, zu der sie rechtlich gehört, benachbart ist, und da andererseits die Sprache dieser Völker, das Tschechische und das Lausitzer Wendisch, so verwandt ist, daß sie eine sprachliche Gruppe der West-Slawen bildet, sind die Lausitzer Wenden der Ansicht, daß ihre Zukunft am besten durch ihre Vereinigung mit der tschechoslowakischen Republik gesichert sein wird und sie bitten daher die Friedenskonferenz, diese Frage in diesem Sinne zu lösen.

III. Wenn es aus irgendwelchen Gründen nicht möglich ist, diesen Anspruch zu befriedigen, so verlangen sie

1. die Bildung einer autonomen und neutralen, von Deutschland völlig unabhängigen Republik auf der gesamten Ausdehnung ihres ethnographischen Gebiets, sowohl in Sachsen wie in Preußen, nach den Verhältnissen von 1880 und 1884, die in ihrem vorhergehenden Memorandum genau abgegrenzt worden sind;

2. dieser neutralen Lausitzer Republik aus wichtigen wirtschaftlichen Gründen eine gemeinsame Grenze mit der tschechoslowakischen Republik zuzugestehen. Wenn diese Bedingung nicht erfüllt werden kann, verlangen sie zumindest die Neutralisierung der Eisenbahnverbindungen, die mit Böhmen bestehen.

3. Falls man nicht dazu käme, gemeinsame Grenzen mit der tschechoslowakischen Republik festzusetzen, könnte die neutrale wendische Republik Lausitz Währung, Eisenbahnen und Zoll mit Deutschland gemeinsam haben, wäre aber völlig und in jeder Beziehung autonom und von Deutschland unabhängig.

4. Sie verlangen schließlich, daß die neutrale wendische Republik Lausitz in den Völkerbund aufgenommen und unmittelbar seinem Schutz unterstellt werde.

IV. Die Lausitzer Wenden können vor einer unvermeidlichen Vernichtung in keiner anderen Weise gerettet werden. Irgendeine Autonomie unter der deutschen Regierung würde nur auf dem Papier bestehen. Die Deutschen, die während acht Jahrhunderten die Lausitzer ausgerottet und germanisiert haben, würden alles aufbieten, um sie in kurzer Frist zu germanisieren, da sich die Lausitzer Wenden durch ihre nationalbewußte Bewegung ihnen widersetzt und von der siegreichen Entente Hilfe verlangt hatten. Die Deutschen würden diese Germanisierung durchführen, indem sie fortfahren würden, die wendische Sprache in Schule und Kirche zu unterdrücken, vor allem aber durch eine Massenkolonisierung des wendischen Landes.

So würden im deutschen Meere die letzten Spuren der Elbslawen verschwinden, die einst fast den gesamten Norden Deutschlands innehatten und durch ihren jahrhundertelangen Widerstand den Osten und den Süden Europas vor der germanischen Invasion geschützt haben.

Durch alle möglichen gewaltsamen Mittel und mittels der Kolonisierung haben sie die Deutschen in mehrere ethnographische Inseln und Inselchen aufgeteilt, die schließlich eine nach der anderen in den Deutschen aufgingen und durch ihr Blut und ihren Geist das eingedrungene deutsche Element verstärkten. Übriggeblieben ist nur das letzte Inselchen der Elb-Slawen, in der Zahl von etwa 200.000 Lausitzer Wenden in Sachsen und Preußen auf einem Gebiet von etwa 4500 Quadratkilometern.

Dieses Volk ist gesund und fruchtbar; es hat sich seine eigene Literatur geschaffen, eine wissenschaftliche Literatur und eine Presse, die sich beständig gegen die Germanisierung zur Wehr setzt. Seit dem Sieg der Entente und der deutschen Revolution hat sich das gesamte wendisch-lausitzer Volk für seine Freiheit und Unabhängigkeit erhoben.

Im Verlaufe zahlreicher Versammlungen hat es in energischen Resolutionen seinen festen Willen verkündet, mit Hilfe der Entente die Unabhängigkeit seines Staates, in dem es in der Zukunft selbst über sein Schicksal bestimmen könnte, zu erhalten. Die Proklamation des Nationalrats, worin diese Forderung formuliert wurde, ist von mehreren zehntausenden Wenden, Männern und Frauen, unterzeichnet worden. In diesem Augenblick ist ein neuer an die Friedenskonferenz gerichteter Appell zur Unterzeichnung in der ganzen Lausitz im Umlauf.

V. Die Lausitzer Wenden sind überzeugt, daß ihr Gebiet und ihr Volk den edlen Idealen der Entente und des Völkerbundes nicht gleichgültig sind:

1. Das wendisch-lausitzer Volk, das in der Mehrheit aus Landbevölkerung besteht, ist dem Bolschewismus völlig unzugänglich. Desgleichen gruppieren sich die wendisch-lausitzer Arbeiter um die Partei, die für die Unabhängigkeit des Staates arbeitet und sind daher nicht von bolschewistischen Ideen ergriffen. Die wendisch-lausitzer Nation stellt daher in ihrer Gesamtheit eine feste Schranke gegen den Bolschewismus dar.

2. Das wendisch-lausitzer Gebiet war und ist auch ein wichtiger Knotenpunkt für Deutschland, denn drei strategisch sehr wichtige Linien durchqueren dies Gebiet: Dresden–Görlitz, Falkenberg–Kohlfurt, Jüterbog–Posen. Daher haben es die Deutschen gegenwärtig als Konzentrationsort für ihre neue Freiwilligenarmee gewählt. Die slawische Nation der Lausitz ist in diesem wichtigen Gebiet der letzte Damm, der die deutschen Wogen zurückhält. Wird sie aufgegeben, um die Beute der Germanisierung zu werden, so wird die militaristische deutsche Nation um 200000 gesunde und produktive Menschen verstärkt.

Wenn die Entente die Lausitzer Wenden gegen die sie bedrohende Gefahr, unter das deutsche Joch zurückzufallen, beschützt, so wird die dankbare wendisch-lausitzer Nation niemals ihre Befreierin vergessen.

Paris, den 11. April 1919.

Für den wendisch-lausitzer Nationalausschuß:

Der Präsident: Ernst Bart.

Der Sekretär: Jean Bryl.

[Quelle: Raschhofer, Hermann (Hrsg.): Die Tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/1920, Berlin 1937, S. 225-255.]